

30.10.2015

Vorlage für die Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses

am 04.11.2015

Antrag

des Abgeordneten Patrick Breyer (PIRATEN)

Vorratsdatenspeicherung in den Vermittlungsausschuss

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird gebeten, wegen des Gesetzes zur Einführung einer Speicherpflicht und einer Höchstspeicherfrist für Verkehrsdaten (BR-Drucksache 492/15) im Bundesrat einen Antrag auf Anrufung des Vermittlungsausschusses zu stellen mit dem Ziel der Aufhebung des Vorschlags.

Begründung:

Der Landtag lehnt die in dem Gesetz vorgesehene anlass- und verdachtslose Vorratsspeicherung von Kommunikationsdaten als unverhältnismäßigen Eingriff in die Grundrechte praktisch der gesamten Bevölkerung ab. Er hat die Landesregierung bereits aufgefordert, „alles in ihrer Macht Stehende zu unternehmen, um die Einführung einer anlass- und verdachtslosen Vorratsdatenspeicherung auf Bundesebene zu verhindern“ (Drs. 18/2836). Es steht gegenwärtig in der Macht der Landesregierung, im Bundesrat die Einberufung des Vermittlungsausschusses zu beantragen mit dem Ziel der Aufhebung des Vorschlags.

Da sich der Bundesrat am 06.11.2015 mit dem Gesetz befassen soll, ist die Sache eilbedürftig. Nach § 7 Abs. 3 des Parlamentsinformationsgesetzes berücksichtigt die Landesregierung in diesem Fall auch eine vorläufige Stellungnahme des federführenden Ausschusses.

Dr. Patrick Breyer

